

05.12.2023

# Antrag

der Fraktion der SPD

## **Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten**

### **I. Ausgangslage:**

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen um unsere Demokratie und haben Angst, dass diese durch radikale und antidemokratische Kräfte bedrängt wird. Die wechselnden Krisen haben viele Menschen verunsichert. Daraus haben sich immer lauter werdende Gruppen gebildet, die nicht einzelne politische Entscheidungen kritisieren, sondern stattdessen den Staat, seine demokratischen Institutionen und den demokratischen Rechtsstaat offen ablehnen. Im Gegensatz dazu ist aber auch bei vielen Menschen das Bewusstsein für den Stellenwert unserer Freiheitsrechte oder der Umgang mit den Grundrechten, das Grundverständnis und die Ausgestaltung unseres demokratischen Rechtsstaats gestiegen.

Zuletzt hat sich aber auch offenbart, dass dieses Grundverständnis keineswegs einheitlich ist. Das zeigen auch die jüngsten Debatten über den Nahostkonflikt.

Die kürzlich veröffentlichte Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu rechts-extremen und demokratiegefährdenden Einstellungen zeigt deutlich auf, dass wir einen Zuwachs antidemokratischer Radikalisierung zu verzeichnen haben. Die These, Demokratie führe eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen, fand bei 30 Prozent der Befragten Zustimmung. Eine Erkenntnis, die uns nicht in Ruhe lassen darf und zugleich ein klarer Handlungsauftrag ist!

NRW ist ein Land, das sich durch eine vielfältige und bunte Mischung der Bevölkerung auszeichnet, denn schon vor hunderten von Jahren fanden hier Menschen aus anderen Orten ihre Heimat. Vielfalt gehört also zur DNA unseres Landes.

Wenn also die jüngsten Ereignisse wie die Corona-Pandemie, der vermehrte Zuzug von Geflüchteten oder der Überfall der Hamas auf Israel in der Öffentlichkeit teils kontrovers diskutiert werden, dann gilt es, unser Grundgesetz als Fundament und gemeinsamen Konsens in den Fokus zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir uns nach den Gräueln und der Entmenschlichung in der Nazi-Zeit unverrückbar an die Seite Israels stellen und aufzeigen sowie bekräftigen, dass das Existenzrecht Israels nicht relativierbar ist. Die Gründung des Staates Israel war und ist ein Schutzversprechen. Ein Schutzversprechen gegenüber Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt. Ein Schutzraum nach Jahrhunderten der Verfolgung und besonders nach dem unbeschreiblichen Leid und der unbegreiflichen Zahl an millionenfachem Mord an Juden während des NS-Terrors. Das ist die gemeinsame Verantwortung aus der Geschichte – für alle Menschen, die hier leben.

Aber wo nur eine lückenhafte Kenntnis der tragenden Prinzipien unseres Staates vorhanden ist, kann auch kein Einvernehmen über die individuellen Rechte des Einzelnen und den Rechtsstaat im Allgemeinen erwartet werden. Die Kenntnis und die praktische Anwendung demokratischer Grundprinzipien sind Voraussetzung für ein friedliches und vom Konsens getragenes Zusammenleben. Hierfür trägt der Staat eine Verantwortung. Er muss darauf bestehen, dass antidemokratische Denkmuster und Strömungen entlarvt werden und keinen Raum in der Gesellschaft bekommen – zum Wohle des Staatesystems, aber auch zum Wohle jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Denn in antidemokratischen Verhältnissen verliert jede und jeder.

Hierfür gilt es, so früh wie möglich zu sensibilisieren und zu schulen. Nur, wer um die Gefahren und Nachteile extremer und antidemokratischer sowie ideologischer Haltungen weiß, kann sie rechtzeitig erkennen und sich davon distanzieren. Auf diesem Wege schafft man die nachhaltige Stärkung eines Demokratieverständnisses. Daher ist es dringend erforderlich, landesweit in allen Bildungseinrichtungen Zeit und Raum für demokratiestärkende und -fördernde Inhalte zu schaffen. Wir denken hierbei an Bildungskonzepte, wie zum Beispiel „Klar im Kopf“, welches im Jahr 2016 entworfen und bereits kurze Zeit später in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen wurde. Hierbei haben sich seinerzeit der damalige Oberbürgermeister Thomas Geisel zusammen mit dem Stadtdirektor Burkhard Hintzsche, Wilfried Johnen vom Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Dr. Dalinc Dereköy vom Kreis der Düsseldorfer Muslime sowie dem Projektentwickler der Jugendberufshilfe, Mike Theisen, zusammengetan und ein Präventionsprojekt gegen die Beeinflussung radikaler Bewegungen (u.a. Pseudo-Salafismus und Rechtsradikalismus) ins Leben gerufen.

Das Ziel war deutlich: Primärprävention (Aufklärung und Vorbeugung) sowie Sekundärprävention (Arbeit mit auffällig gewordenen Jugendlichen).

Programme wie diese sind sehr geeignet, in jedweden Bildungseinrichtungen etabliert zu werden. So sollte bereits in der kindlichen Frühentwicklung demokratisches Miteinander und Pluralismus sowie die Vorteile hieraus für ein geordnetes und faires Miteinander gelehrt und gefördert werden. Gleiches gilt für Grund- und weiterführende Schulen. Auch Hochschulen sollten hiervon nicht ausgenommen werden. Die für alle verbindliche und zeitlich festgelegte Auseinandersetzung mit der Demokratie und all ihrer Facetten sollte es uns wert sein, von zeitlichem Druck, vollen Lehrplänen und fachlichen Spezialisierungen abzurücken und Platz für die Verständigung und Verfestigung unseres demokratischen Grundkonsenses zu schaffen.

Zudem sollten in diesem Zusammenhang Konzepte entwickelt bzw. bestehende Konzepte genutzt werden, Lehrpersonal bei der Umsetzung und Behandlung dieser Thematik zu unterstützen. Es zeigt sich nämlich aktuell auch, dass eine klare und unumstößliche pro-demokratische Haltung an Schulen zum Teil auf sehr großem Widerstand stößt. Hier bedarf es einer besonderen Schulung und Stärkung des betroffenen Lehrpersonals.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Angesichts von Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die wachsenden Zuspruch erfahren, ist eine allgemeine Versicherung unserer Grundwerte dringend erforderlich.
- Die immer größer werdenden Entfremdung der Mitte von der Demokratie bedarf eines sofortigen und entschiedenen Gegensteuerns.
- Bei der Stärkung unserer Demokratie ist politische Bildung unverzichtbar.
- Nur wer unsere Grundwerte kennt, kann sie auch leben.

**III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

- Aufgrund der wachsenden Gefährdungen unserer Demokratie Maßnahmen zur Demokratieförderung in den Mittelpunkt und die erforderlichen Finanzen dafür zur Verfügung zu stellen.
- In den besonders in der Verantwortung stehenden Bildungseinrichtungen als Leuchtturmprojekt jeweils eine Woche der Demokratie auszuloben.
- Zur Umsetzung der Woche der Demokratie das Lehrpersonal der einzelnen Bildungseinrichtungen entsprechend anzuleiten und für aufkommende Konflikte zu schulen.
- Im Hinblick auf die Ergebnisse der Mitte-Studie 2022/2023, die existierende Maßnahmen zur Bekämpfung von rechtsextremer und demokratiefeindlicher Einstellungen zu verstärken und verstetigen.

Jochen Ott  
Ina Blumenthal  
Elisabeth Müller-Witt  
Sven Wolf

und Fraktion